

berst. Aber auch in der Entwaffnungsfrage und bei vielen anderen Gelegenheiten hat er mit Nachdruck den besagten Standpunkt zu vertreten gesucht. So trauert neben der schwedischen Arbeitererschaft und dem schwedischen Volke die gesamte sozialistische Internationale und nicht zuletzt die deutsche Arbeitererschaft um diesen großen Vorkämpfer des Sozialismus.

Beleid des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand richtete an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens nachfolgendes Telegramm:

Mit dem schwedischen Proletariat, mit der Sozialistischen Internationale trauert auch die deutsche Sozialdemokratie mit tiefem Schmerz an der Wunde unseres großen Vorkämpfers Branding.

Der deutsche Genosse in Stockholm, Rosenfeld, hat der schwedischen Regierung das Beleid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung ausgesprochen.

Trauer im Völkerbund.

Genf, 25. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Nachricht von dem Tode Brandings hat beim Völkerbund tiefe, aufrichtige Trauer ausgelöst. Der Sekretär des Völkerbundes, Sir Drummond, der sich gegenwärtig in Nepal befindet, wird als offizieller Vertreter des Völkerbundes an dem Beerdigungsfest in Stockholm teilnehmen. Die Genfer Presse widmet Branding ausführliche Nachrufe, wobei sie betont, welche große persönliche Empathie er in Genf besaß. Die „Tribüne de Genève“ schreibt: Branding war der Vorkämpfer für die Einheitsidee des Völkerbundes. Er trat ein für die Demokratisierung des Völkerbundes in Stockholm. Die Völkermächte der Völkerbundversammlung. Im Völkerbund steht er für die neutrale Tendenz. Wiederholt war er der Wortführer und Verteidiger der kleinen Länder, in der Korrespondenz nahm er allein eine energiegelbe Haltung ein. Seine Pöcherung und sein überaus großer Verstand wurden im Völkerbund nicht ohne Grund, wo er immer ein ausgezeichnetes Vernehmenselement war, besonders auch in der Abrüstungsfrage. Daneben war er vor allem der Berichterstatter für die Minoritäten und fährlich noch Berichterstatter für den Wollul-Konflikt.

Das Zentrum bleibt fest.

„Vielleicht noch manche Abstimmung über die Regierung Marx.“

Dem Kampf um die Macht in Preußen wird durch die Tagung des Provinzialauschusses der westfälischen Zentrumspartei ganz besonderes Gepräge verliehen. Die Haltung der Reichstagsfraktion des Zentrums hat die Reichsparteien des Preussischen Landtags in die Aufregung versetzt, daß es ihnen auf die Dauer auch in Preußen gelingen wird, das Zentrum würde und ihrem Willen gefügig zu machen. Diese Illusion ist dem Provinzialauschuss und der Volkspartei wenigstens auf abschließende Zeit durch die Hammer Tagung des Zentrums geräumt worden. Das zeigt insbesondere ein Artikel in der gestrigen Ausgabe der „Germania“, der sich mit der Kompetenz in Hamm befaßt. Er lautet:

Die bei den Reichsparteien herrschenden Hoffnungen, daß die Aussprache in Hamm der Einheitsidee der preussischen Zentrumspartei und ihrer bisher imponierend energiegelben politischen Zielsetzung abträglich sein könnte, sind am Montag Mittag als abgetan zu markieren. Die hinterliegenden Mitglieder der Preussischen Fraktion haben weder Verständnis noch Entschuldigung gefunden. Ja, man hat es besonders schmerzhaft empfunden, daß durch ihr Verhalten wichtige Interessen des preussischen Katholizismus objektiv verletzt worden sind. Bei den in Hamm anwesenden westfälischen Zentrumsparteien besonders deutlich zum Ausdruck. Um noch einmal auf die politische Bedeutung der Hammer Entscheidung zurückzukommen, so dürfte sie bezeichnen, daß der Kampf des Zentrums in Preußen um die von Marx gebildete Regierung mit allem Nachdruck und in größter Geduld weitergeführt werden soll. Das Zentrum wird in keinem Kampf für eine gesunde Politik in Preußen nicht nachlassen und wird es in Geduld abwarten, wie lange es die Deutsche Volkspartei noch heranzuziehen will, mit Hilfe der Kommunisten ein Kabinett arbeitsfähig zu machen, das die Gewähr einer festigen und fruchtbringenden Politik in sich trägt, ohne daß sie selbst infam ist, nur sich aus eine neue Regierung zu bilden. Es werden vielleicht noch manche Bestimmungen über die Regierung Marx stattfinden.

Das ist eine klare und deutliche Sprache. Sie zeigt, daß die Zentrumspartei des Preussischen Landtags bereit ist, gemeinsam mit den Demokraten und Sozialdemokraten den bisher beschrittenen Weg weiter zu gehen. Sie ergibt aber auch, daß die Zentrumspartei genötigt ist, auch gegenüber ihren differenzierenden Mitglieder unter allen Umständen den Willen der Gesamtfraktion durchzusetzen. Das ist der eigentliche Sinn des am Montag in Hamm gehaltenen Beschlusses, und selbst die Vertrauenserklärunge des landwirtschaftlichen Bezugs der Rheinischen bzw. westfälischen Zentrumspartei für v. Kapen und Lenard dürfte die Zentrumspartei des Preussischen Landtags nicht abhalten, diese beuchnationalen Vertreter aus ihren Reihen zu entfernen, wenn sie ihre Mandate nicht niederlegen. Sie mögen dann hingehen, wo sie hingehören, zu den Deutschnationalen.

Gustav Bauer, das frühere Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hat dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes zum Scherz der Republik mitgeteilt, daß er sein Amt als stellvertretendes Mitglied dieser Institution niederlegen will. Dieses Schreiben Bauers ist auf seinen Wunsch aus der Sozialdemokratischen Partei zurückzuführen. Wie der hiesige erlernte, beobachtet Bauer übrigens, gegen seinen Wunsch Protest einbringen und die Einberufung eines Schiedsgerichtes zu beantragen, das sich mit dem generen ihm ererbenden Angelegenheiten und seinem Nachlass befaßt soll.

Die belgische Kohlenindustrie erleidet zurzeit eine schwere Misstrauen. Infolgedessen sind am Dienstag die Kohlenpreise um 20 Franken pro Tonne herabgesetzt worden.

Rebellion der Rechtsanwälte.

Eichels-Prozess.

Leipzig, 25. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Am 11. Verhandlungstage im Eichels-Prozess stellte der kommunistische Verteidiger Dr. Samter erneut den Antrag, den Angeklagten die Möglichkeit zu lassen, über die ihm während der Unterwuchungsphase überführte Behauptung, das wurde jedoch, nie am Vorstage, vom Vorsitzenden abgelehnt. Das führte zu einer sehr erregten Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden. Dabei wurde Dr. Samter sogar mündlich das Wort entzogen, worauf er die kommunistischen Verteidiger ohne Genehmigung des Gerichtshofes den Saal verließen und sich zu einer Beratung zurückzogen. Das gleiche tat der Gerichtshof. Schon nach viertelstündiger Beratung kehrte er zurück, während die Verteidigung immer noch feiste und erst auf besondere Aufforderung des Vorsitzenden sich wieder einfinden. Sofort kam es wieder zu einem neuen Zusammenstoß. Auftrug Dr. Rosenfeld hat, eine Erklärung abgeben zu dürfen. Das lehnte der Vorsitzende für den Fall ab, daß es sich um eine Kritik der Prozessführung handele. Nur Antrag der Verteidigung wurde Gerichtsbescheid erteilt und die formale Ablehnung der Erklärung zurückgewiesen. Darauf entwidmete sich ein neuer heftiger Wortwechsel zwischen einem Verteidiger und dem Gerichtshof, wobei der Rechtsanwältin Kraenzl und Dr. Samter mehrmals das Wort entzogen wurde. Als Dr. Samter behauptete, daß die Ablehnung der Erklärung der Verteidigung eine Unterdrückung der Wahrheit darstelle, droht der Vorsitzende mit dem schriftlichen Antrag zur Verhängung strenger Maßnahmen. Ein weiterer Antrag, die einzelnen Angeklagten vor ihrer Vernehmung zu betragen, wie das Protokoll der Untersuchung auszuweisen, ist nicht beachtet worden. Als Dr. Samter behauptete, daß die Verteidigung durch Gerichtsbescheid abgelehnt. Der Verteidiger Dr. Rosenfeld bittet um eine kurze Beratung, worauf die Verhandlung einstweilen unterbrochen wird. A. A. Rosenfeld stellt darauf im Namen der Verteidigung erneut den Antrag, über den letzten Teil Gerichtsbescheid zu lassen. Das wird ebenfalls abgelehnt. Als endlich in der Verhandlung fortgefahren werden soll, ist der kommunistische Verteidiger Dr. Samter in abfälliger Weise Kritik am Gerichtshof, wobei er dessen Verhalten als eine Verdrängung der Vernehmung bezeichnet. Der Vorsitzende verweist ihn mehrere Male das Wort. Samter spricht

krödem weiter, worauf sich der Gerichtshof zur Beratung zurückzieht. Als dann nachher A. A. Dr. Samter wiederum verurteilt, eine Erklärung abzugeben, wird er vom Vorsitzenden aufgefordert, den Saal unverzüglich zu verlassen. A. A. Dr. Samter weigert sich jedoch und wird auf Veranlassung des Vorsitzenden durch zwei Epheuren aus dem Saal geführt. Sämtliche Verteidiger verlassen aus Grund dessen den Saal und A. A. Wolff wird den Angeklagten an Offizialverteidiger abgeteilt. Die Verhandlung wurde abgebrochen. Als der Gerichtshof wieder eröfnet, läßt er den nicht anwesenden Angeklagten, daß der Vorsitzende in der Verhandlung fortfährt. Dann betreten Dr. Goldstein und Dr. Schindler wieder den Saal. Die Verhandlung wird wieder abgebrochen und um 2 Uhr fortgesetzt.

In der Nachmittags-Sitzung mündet sich A. A. Dr. Rosenfeld in einer kurzen Ansprache gegen die Maßnahmen des Vorsitzenden und gibt folgende Erklärung ab: „In diesem Prozeß antizipieren die Verteidiger haben verschiedene und teilweise unangenehme Interessen der Angeklagten zu vertreten und Beurteilung der Beschlüsse, die zu den Maßnahmen des Herrn Vorsitzenden gegen einen Verteidiger angeführt haben, verurteilen. Die Gesamtverteidigung ist aber darin einig, daß die Erklärung des Herrn Vorsitzenden, daß ein Verteidiger die Rechte des Verteidigers verliert habe, und die Annahme, daß ein Verteidiger abgewiesen ist, gegen die Interessen der Angeklagten und gegen die Rechte der gesamten Anwaltschaft verstoßen. Die Gesamtverteidigung stellt die stärkere Verantwortung, die im Falle dieser Vorwürfe auf ihr ruht, und ist sich für verpflichtet, bei den zuständigen Stellen diesbezüglich vorzutreten zu werden. Es wird daher der Herr Präsident gebeten, die Beschlüsse bis Donnerstag freizugeben.“

Der Vorsitzende erklärt, daß sich der Gerichtshof nur der Beratung zurückzieht, um zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Nach 1/2stündiger Beratung verläßt der Vorsitzende, daß der Antrag abgelehnt ist. Daraufhin verlassen die Verteidiger außer den Rechtsanwältin Goldstein und Schindler den Saal. Dr. Rosenfeld erklärt, daß die Verhandlung nicht weiter auf seine Fortführung beruht. Der Angeklagte Mecher äußert im Auftrag seiner Mitangeklagten Gust, Gellau und Antor, daß sie der ihnen erteilten Offizialverteidigung jede Ausnahme über die Sache und die Mitteilungen verweigern werden. Darauf wird die Verhandlung auf Mittwochvormittag 10 Uhr vertagt.

Am Dienstag ist nun auch der jüngste der Gebrüder Barmat in Berlin auf freier Fuß gesetzt worden. Der älteste Bruder der Barmats wurde bekanntlich Anfang Januar wieder aus der Haft entlassen.

Mehr Parteizentralen.

Bonn, 25. Februar. (Abendblatt.)

Die Parlamentarische Arbeiterpartei hielt eine Parteikonferenz ab, in der eine von den kürzlichsten Anwesenden ausgearbeitete Entwurf über die Parteiorganisation stattfand. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Volkskongress, um eine größere Bestimmungsfähigkeit herbeizuführen, folgende zwei Fragen in Erwägung ziehen und darüber Bericht erstatten soll: 1. Die Parteizentralen und Einzelteil, 2. die Haltung der Arbeiterpresse.

Eine Instruktion der Haltung des „Dauß Gerold“, in dessen Redaktion sogar kommunizieren soll. In der Tat bringen wir notwendig, wie überhandtun die Labour Party in Zukunft nicht umhin können wird, der Parteizentralen erhöhte Aufmerksamkeit zu werden. Es sind nicht nur die paar Kommunisten Redakteure, sondern vor allem die fortzupend wachsenden Arbeiterparteien aus der Zeit der liberalen Unterwerfungspolitik, die die Arbeiterpartei zeitlich schwer hemmen.

Der „Dauß Telegraph“ will von ausländischer Seite erfahren haben, daß Chamberlain und Bertel erst nach der Völkerbund-Konferenz in Genf zu einer Beredung zusammenkommen werden. An die Vorbereitung soll sich in Brüssel unmittelbar der Konferenz der Alliierten über die deutsche Abrüstung anschließen. Damit dürfte die Klärung über die angeblichen deutschen Abrüstungsverhandlungen bis in den April hinein verschoben werden.

Aus aller Welt.

Der rote Glöckner von Danabolt.

Paris, 24. Februar.

Ein sonderbarer Prozeß hat in Chaumont stattgefunden. Der Glöckner der Dorgendebe in Cheumont, Emile Gein, hat bei der Heberführung der Achse Saurès ins Pantanon am 23. November 1924 die Gloden gelauert, ohne die Erlaubnis des Barres Abbé Chaffaut eingeholt zu haben. Der Abbé verklagte den Glöckner wegen Verletzung der Amtspflicht. Der Richter gab dem Richter recht und verurteilte den sozialistischen Glöckner zur Zahlung der Kosten. — Wie bei uns!

Unweiter in England. In Großbritannien herrscht seit mehreren hunderttausend Meiler, Saugel und Schme. Letztere hatte der Wind eine Stärke von 60 Sturmmeilen. Die Meeresspiegelungen in Bournemouth und Dover sind von dem hohen Seegang überfüllt.

Ein Erdbeben wurde, wie aus Lüttich gemeldet wird, in mehreren Ortschaften auf dem rechten Maasruder gerührt. Der Erdbebenherd scheint in der Gegend von Samburg zu liegen. Das Beben war das härteste seit 1904. Seine Ursache ist noch unbekannt und wurde aus den meisten Stößenbeobachtungen im Limburgischen nachgenommen.

Die letzte Morgan-Erdbebung. Wie Meuter meldet, hat das Bankhaus Morgan 2 1/2 Millionen Dollar in Gold nach Berlin abgeholt. Dies ist der letzte Teil der 80 Millionen Dollar, die nach den Vereinbarungen über die letzte deutsche Anleihe von 110 Millionen Dollar abzurufen werden sollten.

Modenschau.



Trotz der inoffiziellen eingetragenen fälligen Witterung sieht die Mode doch vielfach schon im Zeichen des nächsten Frühlings. So kann man beispielsweise die Herren Dutter und Streemann seit einiger Zeit in eleganten Panamahüten promeniieren sehen. Dagegen kehrt die Jagdzeit, die Herren Rosen und Stoll in weißen Westen gesehen worden sein, wie wir bestimmt verzeichnen können, auf einem Jerm.

Auch Du, mein Sohn Maltzahn.

Streemanns Staatssekretär, der Volkshüter Reichher v. Maltzahn, hat im Unterwuchungsbericht des Reichstages sehr von oben herab über Empfehlungsbrieve für Barinat gesprochen. Mit Herr v. Maltzahn berechtigt, das Empfehlungsbrieven zu verweigern, das er als amtliche Empfehlung des Auswärtigen Amtes dem feinerseitigen gemeinsamen Vorkennter von Barinat und Reichher v. Maltzahn, dem offiziiellen Bankier Bernhard Robinson, gegeben hat? Auch die Reichsregierung selbst, die Herr v. Maltzahn durch Robinson hat ausführen lassen, würden genügt die Dienstpflicht interzieren.

Der Staatsanwalt baut weiter ab.

In Berlin-Moabit scheint man weiterhin im Begriff des Abbaues zu sein. Bisher hat die Staatsanwaltschaft noch gegen keine der im Zusammenhang mit der Barinat-Affäre verhafteten Personen bestimmte Vorwürfe erhoben können, die eine Verurteilung nach der Verhaftung rechtfertigen. Anwohner wurden bekanntlich von den letzten Verhafteten bereits eine ganze Reihe von Persönlichkeiten aus dem Unterwuchungsamt entlassen.

Verlangen Sie nicht irgend eine Marke,

Sondern nur

die wirklich guten Joseffi-Cigaretten.

JOSEFFI

JUNO 38 VERA 48

KON LINON

Generalkraftliches.

Gegen kommunistische Wahnsinnsparolen.

Ein Aufruf der Bergarbeiterverbände wegen der Arbeiterlosigkeit. 24. u. 25. Februar. (Koblenz.) Die vier Bergarbeiterverbände beschließen einen Aufruf, in dem es heißt: Der am 6. Februar vom Arbeiter in der Rhein- und Moselländergegend gefällte Entschluß ist für die Arbeiterverbände ein schwerer Schlag. Die Arbeiterverbände sind unzufrieden mit dem Entschluß, die Arbeiter unter Lage einer Verhinderung der Arbeit zu lassen. Die Arbeiterverbände sind unzufrieden mit dem Entschluß, die Arbeiter unter Lage einer Verhinderung der Arbeit zu lassen. Die Arbeiterverbände sind unzufrieden mit dem Entschluß, die Arbeiter unter Lage einer Verhinderung der Arbeit zu lassen.

Mansfelder Lande.

Herr Straffer bittet ums Wort!

Im "Eiseler Tageblatt" antwortet am Montag, den 23. Februar, Herr Rechtsanwalt und Notar, Stadtrat Dr. Straffer auf einen Artikel "Was und Werden?" in Nr. 29 der "Mansfelder Volkszeitung" vom 4. Februar d. J. Straffer hat Herr Straffer hatte in einem Bericht des "Eiseler Tageblatt" in einer Gesundheitsverleihung ausgeführt: Die Gesundheitsverleihung ist eine Abgabe, die zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in einer Gemeinde zu verwenden ist.

Wir schreiben am 4. Februar, daß zu prüfen sei, ob die Strafferischen Angaben den Tatsachen entsprechen oder ob er ein Opfer seiner politischen Leidenschaft wurde, die ihn dahin brachten, in höchster Weise unobjektiv zu sein.

Wir nicht anders zu erwarten war, bemüht sich Herr Straffer in seiner Antwort, den Inhalt meines Artikels in lächerlicher Art und Weise herab zu ziehen. Er unterließ es, sachlich die Tatsachen anzugeben und sich auf den Kern der Sache zu beschränken.

Den Vorwurf parteipolitischer Verleumdungsbücherei konnte sich Herr Straffer nicht scheuen. Da müssen sich Artikelverfasser anderer Gattungen hüten, die wir uns bedeiht haben. Wenn der reichlich durchgedachte, in dem Artikel besonders hart hervorgehobene Inhalt der Verleumdung ist, den seinen Straffer nicht nur noch eine kleine Droschke, sondern die totalverleumdete Partei hinsichtlich der Finanzverhältnisse in Bewegung setzt, so hat er die besten auf dem Gebiet der Verleumdung erreicht.

* Kartellplenaerversammlung. Am Sonntag, dem 1. März, vormittags 10 Uhr, findet im "Vollhaus" eine Kartellplenaerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Jahresbericht, 3. Vorstandsbericht, 4. Geschäftsbericht. Alle neugewählten Kartellmitglieder müssen erscheinen.

* Gewerkschaftsfunktionäre und Parteidelegierte (GFD). herbei, jedoch, für eine möglichen Sitzung am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr beim Gewerkschaftsamt einzufinden.

beten, welche selbst nicht diese von uns durchgeführte Arbeit und die Arbeit der Partei mit "links" liegen und schließlich auch wieder der Sozialdemokratischen Partei an. Wieder der der "Volksblatt".

Kreisf. Die Gemeindevorsteherwahl am 20. Februar wird eine sehr reichhaltige Angelegenheit sein. Ein Antrag, die Geschäftsordnung zu ändern, hat die Kreisversammlung die erste Geschäftsordnung nicht genehmigt hatte, wurde angenommen. 25 befristete Kommanden wurden mit Beifall bewilligt. Das Erlaßene mehrere Vereine im Zusammenhang der Parteien wurde von der Gemeindevorsteherwahl abgesehen. Die Wiedereröffnung der Fortbildungsschule soll erfolgen, sobald dies möglich ist.

Wahl. Volkshochschulverein. Am Mittwoch, dem 18. Februar, fand hier im Rahmen der Volkshochschule ein Wahlkampf statt. Der Vorstand hat hierzu den Redner Gewerkschaftssekretär (Gewerkschaften) zu einem Vortrag über "Die Arbeit" gewonnen. Das, was man von Gewerkschaften erwartet hatte, wurde durch seinen Vortrag weit übertraffen. Alle Zuhörer waren durch den Vortrag voll befriedigt. Eine reiche Anzahl von Fragen und Antworten wurden gestellt. Die Wahl wurde durch seinen Vortrag weit übertraffen. Alle Zuhörer waren durch den Vortrag weit übertraffen.

Gründungsversammlung der Arbeitervereine. Auf Einladung der örtlichen Parteileitung hatten sich die Vorsitzenden sämtlicher fortschreitenden Arbeitervereine sowie die Leiter des Reichsbundes zu gemeinsamer Aussprache über verschiedene allgemein interessierende Angelegenheiten der Arbeitervereine zusammengefunden. Es wurde festgestellt, daß alle zur Verfügung stehenden Organisationen gemeinsame Pläne machen müssen, um nach außen eine mächtige und starke Front zu haben. Wichtigste dieser Aufgabe ist die gegenseitige Unterstützung. Durch gegenseitige Unterstützung müssen alle Veranstaltungen der Arbeiter und Arbeitervereine den entsprechenden Charakter erhalten. Auch wurde anerkannt, daß im Einigungslauf der Arbeitervereine neben den drei Grundfragen: Gewerkschaft, Gewerkschaft und Partei der "Freie Sport" als neues Ziel hinzukommen, die höchste Auswirkung dieses Kampfes jedoch seine Auswirkung in der politischen Partei findet und demnach immer Kampfbewertung erfordern muß. Wichtigste für eine Erweiterung der Bekämpfung der Arbeitervereine auch in besonderer und ständiger Beziehung wurden angesehen und nicht in Zukunft eine erfolgreiche Arbeit zu erwarten, annual das Arbeiterpartei als regelmäßiger Faktor in Betracht kommt.

Merseburg-Querfurt.

Wahlen zur Gesundheitskammer. Das Verzeichnis der bisherigen Gesundheitskammer lautet gemäß § 6 der Wahlordnung vom 17. August 1890 in der Zeit vom 26. Februar bis 4. März 1923 während der Dienststunden im Rathaus am Markt, Zimmer 18, zur Einsicht der Beteiligten aus. Einträge sind binnen 14 Tagen beim Magistrat der Stadt Merseburg einzubringen.

Beiträge zur Erweiterungsfürsorge. Für den Monat März 1923 bezogen die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Arbeitsratswesen Merseburg je zur Hälfte zu leistenden Beiträge sechs Prozent vom Hundert des Gesamtlohnes der Arbeitnehmer.

Die Wittärennten für Monat März werden bereits am 26. Februar beim höchsten Postamt ausgeschüttet. Umstrittene Fälle sind im März vom Bürgeramt gelöst. Am 20. Februar fand im hohen Alter von 91 Jahren der Amtsrat und

DURCH GANZ DEUTSCHLAND

GEHT DER RUF NACH

MOSLEM

ZIGARETTEN

PROBLEM BERLIN

Nähmaschinen
auf Teilszahlung 50%
für Hausnaht u. Gewerbe
Gustav Lerche
R. Lützowstr. 38 Tel. 811.
Gla. Reparaturwerkstatt

Fahrradgummi
Machen Sie ein Versuchs
Diele Hartgummi- u.
Nachschliffungen
sind der beste Beweis
meiner Leistungsfähigkeit
u. an kann guten Waren

Fahrrad-schläuche	90
extr. pa.	10
Qualität	700
Straßen-schläuche	700
pa. Qual.	250
Mastel extr.	150
pa. Qualität	150
Gebirgs-schläuche	150
pa. Qualität	150
Gebirgs-schläuche	150
extr. pa.	150
Fahrräder	5000
J. J. Gar.	500
Nähmaschinen	10 J. Gar.
10 J. Gar.	90

Ausführl. Katalog
gegen Einzahlung
10 Pf. in Briefm.
Emil Levy,
Hilfeshaus 288.

AGUMA der neue Gersten-KAFFEE
Deutsches Pat. 271788
in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

„Was kostet der Java?“
„Drei Mark fünfzig, Frau Much.“
„Dann nehme ich Aguma.“
„Der ist billig und gut!“

Gie
Waren auch mehr
Kundlich bekommen,
wenn Sie
in die Zeitung
interessieren!

Am 1. März 1923 verläßt ein Winterort-Sonderzug
4. Klasse mit Fahrpreisermäßigung nach St. Andreasberg
ab 5.12 vom. Halle (Saale) ab 10.00 nach
(St. Andreasberg) ab 6.00
(Rückfahrpreis)
Fahrpreis für Bahn und Rückfahrt vom Halle nach
Andreasberg einfl. Staatsbahnfahrkarte 6.80 RM.
1925
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft.

Krieg dem Kriege!
Von Ernst Friedrich
Preis 5 Mark
Volksblatt-Buchhandlung

Alle Drucksachen
Lieferung
Hilfeshaus 288.
Hilfeshaus 288.
Hilfeshaus 288.

Seifen etc.
billig im Einzelnen
Erstklassige, Langweiliger, 3
Tel. 8833, 2. Tel. 8833.
Durchgehende Geschäftsetz

Ausnahmepreis für Koks
Bis 7. März 1923
Berl.- (Schmelde-)Koks nur 90 Pfg.
Der Zentner ab Gaster, Solzplatz 7.
Vorzüglich geeignet für Schmiede- und Hüttenereien
sowie für Hausbrandzwecke. Der Preis für Groß- u.
Klein-Koks beträgt 1.00 RM. für 1 Str. ab Lager Gaster.

Benzol
wird zu 40 RM. je 100 Kilogramm auch in kleineren
Mengen abgegeben.
Die Verwaltung der kgl. Ost- u. Westfälische

